



«Genf betreibt eine Steuerauserschöpfung»

SVP-Regierungsrat Heinz Tännler fordert auch die Romandie dazu auf, mehr Ehrgeiz im Steuerwettbewerb zu entwickeln

Erich Aschwanden

Herr Tännler, was sind die wichtigsten Faktoren, dass der flächenmässig kleinste Kanton Zug beim nationalen Finanzausgleich (NFA) bald mehr zahlt als der bevölkerungsreichste Kanton Zürich?

Der Kanton Zug verfügt über eine Verwaltung mit ausgeprägter Dienstleistungskultur. Deshalb ist er nicht nur steuergünstig, sondern auch steuerfreundlich. Das heisst, dass Anfragen der Steuerkundschaft zügig beantwortet werden, während diese Kundschaft sich bei uns öfters über eine schleppende Bearbeitung in Zürich beklagt. Dazu kommt, dass der Kanton Zürich von links regierten Städten dominiert wird, die Leistungsträger eher vergraulen als anziehen. Sie sind damit nicht unwesentliche Standortförderer von Zug.

Sind die Steuern in Zug inzwischen zu tief?

Nein, sie sind andernorts zu hoch. Die Zahlen des Bundes zu den kantonalen Steuerauserschöpfungen sind sehr aufschlussreich: Vor allem in der Innerschweiz haben die NFA-Zahlungen die

Heinz Tännler
Zuger Finanzdirektor



strukturschwächeren Kantone dynamisiert. Die zusätzlichen Einnahmen wurden nicht nur konsumiert, sondern in Steuerentlastungen investiert, was wiederum die Standortattraktivität fördert und eine Hilfe zur Selbsthilfe darstellt.

Dann sind andernorts die Steuern zu hoch.

Ja, in der Romandie. Dort betreibt der Geberkanton Genf trotz seiner ausgeprägten Ressourcenstärke eine Steuerauserschöpfung, die weit über dem Landesdurchschnitt liegt. Da er als Wirtschaftslokomotive keine ambitionierte Steuerpolitik betreibt, erzeugt dies im Gegensatz zur Innerschweiz keinen Druck in der umliegenden Region. Ausgerechnet der strukturschwache Kanton Jura bildet hier eine löbliche Ausnahme, indem er als einziger rein französischsprachiger Kanton die Ausschöpfung reduzierte.

Braucht es Änderungen im NFA? Der Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker hat im Zusammenhang mit der Einführung der OECD-Mindeststeuer gesagt, dass es «eine Retourkutsche im Finanzausgleich» geben werde.

Ja, die braucht es. Aber nicht so, wie sich das Ernst Stocker vorstellt. Die Disparitäten kann man auch reduzieren, indem man nicht die Leistungsträger abwürgt, sondern den strukturschwachen Kantonen nebst finanzieller Unterstützung auch Anreize zur Verbesserung bietet. Wären die NFA-Zahlungen an die Nehmerkantone mit der Auflage verbunden, einen Teil davon in die Standortattraktivität – insbesondere Steuersenkungen – zu investieren, könnte dies die Wirtschaft ankurbeln und zusätzliches Steuersubstrat schaffen. Allenfalls wäre punktuell der Wahlbedarf etwas zu reduzieren.

Was verstehen Sie unter Wahlbedarf?

Die Gemeinde Moutier beispielsweise würde dann für ihre nicht einmal 7500 Einwohner keine neunköpfige Exekutive, kein Gemeindeparlament mit 41 Sitzen, kein eigenes Spital und kein eigenes Gericht mehr unterhalten. Ein infra-

struktureller Overkill, der in der Zentralschweiz undenkbar wäre.

Wird diese Entwicklung weitergehen, oder ist für den Kanton Zug die maximale Belastung im NFA erreicht?

Zuerst möchte ich festhalten, dass wir keine Anstrengungen für Abwerbungen betreiben. Wir würden uns stärkere inländische Konkurrenz wünschen, wie wir sie in der Zentralschweiz haben. Würde Zürich sein Potenzial im Rahmen eines gesunden Wettbewerbs stärker ausschöpfen und weniger umverteilen, wäre dies eine Bereicherung für die Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Wirtschaftsstandorts.

Doch das ändert nichts an den Mechanismen des NFA.

Zusätzlich sollte man im NFA eine neutrale Zone schaffen. Kantone, die an sich gute wirtschaftliche Voraussetzungen haben, erhielten kein Geld mehr und würden dadurch dynamisiert und wettbewerbsfähiger. Einen Teil des eingesparten Geldes könnte man zusätzlich den wirklich strukturschwachen Kantonen zuteilen, allerdings mit der Auflage, dieses nicht nur zu konsumieren, sondern auch in die Stärkung des eigenen Standorts zu investieren.

Sie wollen also die Disparitäten von unten reduzieren.

Grundsätzlich ist es gefährlich für die Schweiz, wenn ihr Wohlstand nur von wenigen Kantonen abhängt. Wir sollten die Basis verbreitern. Das gelingt uns aber nicht, indem wir die Starken schwächen. Wir sollten die Schwachen stärken. Hier ist aber auch Eigenverantwortung gefragt.